

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Bezugspreis:**  
Jahreslich in Neuenbürg  
1.200. Durch die Post  
in Kreis- und Oberamts-  
bezirk, sowie in sonstigen  
deutschen Bezirken 1.200  
mit Postzuschlag.  
In Fällen von 10<sup>ter</sup> oder  
mehr beträgt kein Anspruch  
auf Befreiung der Zeitung  
von der Rückzahlung des  
Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle  
Buchhandlungen, in Neuenbürg  
sowie die Buchhandlung  
"Jedermann" entgegen.  
Direktions- u. Redaktions-  
büro Nr. 24 bei der  
C. Meck'schen Buchdruckerei  
in Neuenbürg.

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Zeile od.  
deren Raum 1. Zeile 300.- M.  
außerhalb des Enztals 350.- M.  
einschl. Inzeratsteuer.  
Kollektivanzeigen 100 Proz.  
Zuschlag. Offerte u. Aus-  
kunftserteilung 100 RT. Be-  
kanntheits-Zeile 700 M.  
Bei größeren Aufträgen ent-  
sprechender Rabatt, der im  
Falle des Abnahmevertrages  
hinzuwächst, ebenso wenn  
Jahresvertrag abgeschlossen  
wird. Nach Rechnungsab-  
schluß erfolgt.  
**Bernsprecher Nr. 4.**  
Für telefonische Aufträge  
wird telefonischer Beleg über-  
nommen.

Nr. 143.

Neuenbürg, Freitag, den 22. Juni 1923.

81. Jahrgang.

## Deutschland.

**München, 21. Juni.** Wie die Augsburger Postzeitung mitteilt, wurde der Kaufmann Hermann Messerschmidt aus Rothenburg wegen Verdachts der Spionage festgenommen. Messerschmidt stand schon in Zweibrücken im Dienste der Franzosen und hat im Auftrag derselben Versammlungen aller Parteien besucht. Die aus der Pfalz ausgewiesenen glauben, daß er sich mit dem besondern Auftrag im rechtsrheinischen Bayern aufhält, die ausgewiesenen auszuführen. Messerschmidt konnte nach dem Festhalten als Spion nach Bayern und der unerlaubten Einfuhr im Werte von 75 Millionen überführt werden.

**München, 21. Juni.** Die bayerische Regierung, beziehungsweise des bayerischen Handelsministeriums, wird noch in der nächsten Zeit eine Vorlage dem Landtage überreichen, die 500 Millionen Mark als Nachtragsetat zur Förderung des Handelsverkehrs in Bayern verlangen soll.

**München, 21. Juni.** Die Münchener Handelskammer wendet sich in einer Entschließung gegen die geplante Zentralisierung der Devisenwirtschaft in Berlin.

**Wiesbaden, 21. Juni.** Die Kaiserbrücke bei Mainz wurde durch Sprengung des Brückenbogens beschädigt und wurde dadurch für den französischen Jugverkehr lahmgelegt. Zwei Deutsche aus Mainz sind unter dem Verdacht, von dem Attentat gewußt zu haben, verhaftet worden.

**Frankfurt a. Main, 21. Juni.** Durch die Regierungskommission des Saargebietes ist dem Großindustriellen Dr. Hermann Köhler eröffnet worden, er würde durch die Rheinlandkommission sofort aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden, wenn er es begehren sollte. Das bedeutet für ihn eine Internierung im Saargebiet, da er das Saarland nur auf dem Wege nach dem besetzten Gebiet verlassen kann. Die Fraktionen des Landtages haben in einer Eingabe an den Reichstag darauf hingewiesen, daß die Rheinlandkommission durch diese Maßnahme Köhler verdrängen würde, die Interessen seiner Heimat verstoßen und dem Reichsverband zu vertreten. Es handele sich um eine effektive Freiheitsberaubung, die einen Verlust gegen den Reichsverband bedeute.

**Berlin, 21. Juni.** Der deutsche Botschafter in Rom wurde beauftragt, der italienischen Regierung zum Unglück des Aetna-Katastrofes das Beileid der deutschen Regierung auszusprechen.

**Die Münchener Stadtkommunalen.**  
Im Stadtrat der Stadt München kam es gestern wegen der Forderung der Stadt zu einer unerwarteten und was das Ansehen Münchens anbelangt, höchst bedauerlichen Auseinandersetzung. München hat bisher nur 3 Millionen Mark für die Ruhrhilfe beigesteuert. Es sind aber insgesamt 6,5 Millionen Mark von München für die Ruhrhilfe zu leisten. Ein kommunales Komitee hat die Stadt dazu schäme sich nicht, durch Kurse seine Forderung zu tun, daß vor allem Angestellte und Arbeiter in den bayerischen Gewerkschaften angehören, von den Quäntchen der Franzosen betroffen würden, nicht aber kommunales Komitee. Der Antrag des Bürgermeisters, daß München noch 3,5 Millionen Mark zur Ruhrhilfe zu zahlen habe, wurde gegen die zwei Stimmen der USK und gegen die zwei Stimmen der SPD angenommen. Der erste Bürgermeister der Stadt München beantragte im Interesse der bayerischen Landeshaushalts, daß die vorgeschlagenen in München Ratshaus möglich sein könnten, Vorgänge, die jeden, der deutsch fühle und denke, aufhorchen lassen müssen.

## Ein Ultimatum der bayerischen Volkspartei.

**München, 20. Juni.** Es kann nicht Zufall, sondern nur strategische Diplomatie sein, daß in der abgelaufenen Woche von zwei Seiten durch die bayerische Volkspartei ein allgemeines Ultimatum gegen die Reichsregierung unterbreitet worden ist, und zwar in der Form von zwei Denkschriften. Die eine hat den Eisenbahnsachmann der bayerischen Volkspartei, den Landtagsabgeordneten und Reichswirtschaftsrat Karl Rothmayer zum Verfasser und heißt: "Die Bilanz der Verstaatlichung der bayerischen Verkehrsbetriebe", die zweite ist angelegentlich verfaßt, denn sie stammt von der Gruppe Verkehr des Reichsratsbeirates der bayerischen Volkspartei und trägt den ebenfalls geheimnisvollen wie vielstimmigen Titel: "Von den bayerischen Dingen bei der Reichsregierung". Die Taktik ist klar: Der Eisenbahnsachmann Rothmayer weiß nach, daß die Bilanz von Post und Eisenbahn seit der Verstaatlichung für die Länder von allgemeinem und für Bayern in besonderem Maße wichtig ist, folglich muß die Parteidenkschrift klar und klar fordern: Schluß mit dieser ungeheuerlichen Designationspolitik. Da die Reichsregierung nicht das tausend- und hundertmal versprochene Verkehrsparadies in und für Deutschland gebracht hat, bleibt nur das Eine übrig: Rückkehr zum früheren System, ganz deutlich ausgedrückt: Schluß mit der Reichsregierung als Eintopfverwaltung, Rückgabe der Verwaltungsgewalt an die Länder.

Abgeordneter und Reichswirtschaftsrat Rothmayer arbeitet in seiner Bilanzausstellung über das Fiasko der Verstaatlichung der bayerischen Verkehrsbetriebe bis in die feinsten Einzelheiten und noch niemals veröffentlichten Zahlen. Es muß dies durchweg amtliches Material, also unbedingt zuverlässig sein. Im Vorwort betont der Verfasser nachdrücklich die Tatsache, daß er durch die Veröffentlichung den Schleier lüftet, der bisher dem Reichlichen Auge den Blick in das Wesen und den Betrieb der neuen Verwaltungskolosse verwehrt. Das ist mehr als deutlich und ist ein Stich gegen die Reichsregierungverwaltung wegen der Undurchsichtigkeit ihrer Verfahren, allzu häufigen verbotenen Veröffentlichungen.

Wie liegen diese Dinge? Durch Staatsvertrag, abgeschlossen mit den einzelnen Ländern, hat das Reich am 1. April 1920 Post und Eisenbahn von ganz Deutschland als einheitliche Reichsbetriebe anvertraut erhalten. Das Reich übernahm dafür die schwebenden Schulden der Länder und verpflichtete sich, entsprechend dem übernommenen Sachwerte eine genau festgesetzte Summe in bar an die einzelnen Länder ausbezahlen. Der

Schlüssel lautete gleich für jedes Land, nämlich: Das Reich zahlt:

- Den Betrag des Anlagekapitals nach dem Stande vom 31. März 1920.
- Die Hälfte des Betrages, um den der nach den Ergebnissen der Rechnungsjahre 1909 bis 1913 ermittelte Ertragswert des Anlagekapitals übersteigt.
- Den Erlös der Fehlbeträge, die bei den Eisenbahnverwaltungen der Länder in der Zeit vom Beginn des Rechnungsjahres 1914 bis zum 31. März 1920 entstanden sind.

Nach diesen Abmachungen hätte Bayern am 1. April 1920 vom Reich für die bayerischen Staatsbahnen 3.687.619.158 RM und für die bayerische Post 620.000.000 RM erhalten, zusammen rund 4,3 Milliarden Mark. Aber Bayern wie wohl auch die übrigen deutschen Länder, die Eisenbahn und Post abgegeben haben, haben vom Reich noch keinen Pfennig Barzahlung erhalten. Das ist das Ungeheuerliche, denn die Länder können und dürfen sich jetzt nicht damit begnügen, daß ihnen die am 1. April 1920 ausgemachten Beträge ausbezahlt werden, sondern sie müssen verlangen, daß die Goldwerte dem Reich übergeben haben, das Reich nicht in entwerteten Papiergeldern, sondern in Goldwerten bezahlt. Man vergewissere sich, daß das Reich heute Bayern für die abgetretene Post zur die am 1. April 1920 ausbezahlenen 620 Millionen Mark in Papier bezahlen wollte, eine Summe, die heute für den Kauf eines Luxusautos knapp ausreicht, so wird man sich klar darüber sein, daß alle Länder nach dieser Richtung hin mit dem Reich noch ein ernstes Wort sprechen werden. Allein bei Bayern würde das Reich, wenn es die 4,3 Milliarden Mark mit Papiermark tilgen wollte, einen Lebermeist von 19, sage und schreibe umgerechnet 19 Milliarden Mark unversorgt in Händen haben. Davon geht Rothmayer aus. Er weist dann nach, daß die Verkehrsbedürfnisse der einzelnen Länder, daß die Tarifpolitik nach Schema 5 den Säulen des Reiches außerordentlich schädlich, daß die Zentralisierung des größten Betriebes der Welt, der die Reichsbahn ist, in Berlin den Tod der Verkehrsleistung bedeutet und daß darum eher heute denn morgen an die Stelle der Zentralisation die in dem Staatsvertrage zugesicherte Dezentralisation der Verwaltung treten muß.

Die zweite, die offizielle Parteidenkschrift, hat folgenden Inhalt: Abschaffung des Reichsbahn-Finanzgesetzes; Aufgabe des Zentralisierungswahns in Berlin; Wiederherstellung der bayerischen Staatsbahnen.

Diese drei Kardinalforderungen sind in der offiziellen Denkschrift der bayerischen Volkspartei, die von den kommenden Dingen in der Reichsbahn" handelt, wortwörtlich enthalten. Weder noch: Die bayerische Volkspartei läßt in dieser Denkschrift keinen Zweifel darüber, daß Bayern den Weg des Reichsbahn-Finanzgesetzes einfach nicht mitmachen kann und nicht mitmachen wird. Als notwendige Folgerungen, die sich aus der Annahme des Reichsbahn-Finanzgesetzes ergeben würden, bezeichnet die Denkschrift: Zentralismus bis zum Neulernen und Beharren; volle Privatisierung der Reichsbahn. Verstaatlichung an die Entente. Überhandnehmen der Berliner Großorganisationen. Wirtschaftliches und industrielles Absterben des Südens. Wörtlich heißt es im Schlußwort: "Die Entscheidung, die hier getroffen werden muß, ist für Bayern eine Schicksalsfrage. Bayern steht an dem Punkte, wo sich die Wege zu seiner Zukunft scheiden, der Weg zum deutschen Einheitsstaat und der Weg zur Wiedergewinnung seiner Staatlichkeit und Selbstverwaltung. Wählt Bayern den ersteren Weg, dann ist sein Schicksal besiegelt. Es heißt zur Probe: herab und verdammt aus der Geschichte. Findet aber das bayerische Volk die Kraft, den zweiten Weg zu beschreiten, dann wird es eine Aktion einleiten, die vor allem dem deutschen Eisenbahnwesen Segen bringen wird. Bayern würde zum Führer werden für die Rückkehr zum bismarckischen deutschen Bundesstaat!"

## Der Antrag der deutsch-demokratischen Fraktion.

**München, 21. Juni.** Veranlaßt durch die Denkschriften des Abgeordneten Rothmayer und der Verkehrsgruppe des Reichsratsbeirates der bayerischen Volkspartei, hat die demokratische Fraktion des bayerischen Landtages einen Antrag eingebracht, der volle Klarheit über die Denkschriften und über das Verhalten der bayerischen Regierung verlangt. Der Antrag fordert: Durch amtliche Untersuchung und Nachprüfung festzustellen, ob und inwiefern die Ausführungen der Denkschriften auf Richtigkeit beruhen. Die Staatsregierung soll in ein kontradiktorisches Verfahren mit der Reichsbahnverwaltung eintreten. Dem Landtag soll Gelegenheit gegeben werden, an diesen Verhandlungen durch eine Kommission teilzunehmen. Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung ist dem Landtag vorzulegen. Der Landtag erwartet sodann eine klare Versicherung der Staatsregierung, ob sie sich die vom Reichsratsbeirat der bayerischen Volkspartei in der Denkschrift erhobenen Forderungen zu eigen machen will, daß das Reichsbahnvermögen unter Aufsicht des mit dem Reich bestehenden Vertrages, wiederum in das Eigentum des bayerischen Staates zurückgeführt werde oder aber, ob sie gewillt ist, für die Befreiung etwa vorhandener Mängel und Schäden auf andere Weise Sorge zu tragen. Die Staatsregierung soll sofort in Verhandlungen mit dem Reich eintreten über die Frage, wie die feinerzeitige Bilanzsumme für die bayerischen Verkehrsanstalten zu einem den bayerischen Verhältnissen angemessenen Gegenwert erhöht werden kann, so weit Recht und Billigkeit dies erfordern und die feinerzeitige Wirtschaftslage es ermöglicht und notwendig erscheinen läßt. — Offenbar wird durch diesen demokratischen Antrag Klarheit geschaffen werden.

## Verstärkung der Nahrung des Ruhrgebietes.

**Gelsenkirchen, 21. Juni.** Die von den Franzosen in den letzten Wochen durchgeführte Verkehrsabschnürung im Ruhrgebiet soll jetzt auch auf die Straßenbahnen ausgedehnt werden. Die Straßenbahngesellschaften sollen die Linien, die erst von 1921 ab in Betrieb genommen worden sind, sämtlich stilllegen. Da der Lebensmitteltransport auf der Eisenbahn vollständig unterbunden ist, und die Lebensmittel zum größten Teil auf den Straßenbahnen befördert werden, bedeutet die neue von den Franzosen in Aussicht gestellte Maßnahme eine weitere Erschwerung der Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes. Die Mitarbeiter befürchten bereits das Schlimmste und weisen darauf hin, daß mit dieser Methode der Franzosen das Ruhrgebiet systematisch dem Volkshunger in die Arme getrieben wird.

## Berordnung des Reichspräsidenten über die vorläufige Unterbringung Ausgewiesener.

**Berlin, 20. Juni.** Die Franzosen und Belgier fahren täglich fort, austretende Deutsche Männer und Frauen, sowie Kinder aus dem besetzten Gebiet zu vertreiben, weil sie sich weigern, die vertragswidrige Ausbeutung des Rheinlands und des Ruhrgebietes durch die französisch-belgischen Organe zu unterstützen. Die Zahl der seit dem Ruhrbruch aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen beläuft sich schon jetzt auf über 60.000 und täglich kommen Hunderte hinzu. Es ist Ehrenpflicht des gesamten deutschen Volkes, für angemessene Unterkunft der Vertriebenen zu sorgen. Schon bisher bemüht sich in allen Teilen Deutschlands die Behörden, die Vereine und Private in anerkanntem Wertes Hilfsbereitschaft erfolgreich um die Unterbringung. Der Reichspräsident erläßt nunmehr auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung vom 14. Juni, wodurch vorläufig die Unterbringung der Ausgewiesenen auf geistliche Grundlage gestellt wird. In der Verordnung wird die Pflicht zur Unterbringung der Vertriebenen den Gemeinden auferlegt. Diese haben alle Vorkehrungen für die Unterbringung zu treffen und können ihrerseits für die Zwecke der Unterbringung Räume jeder Art beanspruchen. Die Ausgewiesenen mit Familien sollen möglichst in Kur- und Badeorten oder auf dem Lande untergebracht werden. Die Verteilung der Ausgewiesenen auf die einzelnen Gemeinden erfolgt auf Antrag der Fürsorgestellen durch die ordentlichen Verwaltungsbehörden. Wünsche der Ausgewiesenen werden hierbei nach Möglichkeit berücksichtigt. In Orten, wo die Verpflegung zu angemessenen Preisen nicht erhaltbar ist, können die Verwaltungsbehörden den Gemeinden auch die Verpflichtung auferlegen, die Verpflegung der Ausgewiesenen sicherzustellen. Die Gemeinden können nötigenfalls von Dritten entsprechende Leistungen anfordern. Die Verordnung regelt noch die Frage der Vergütung für die geleisteten Leistungen und sonstigen Einzelheiten und hebt ferner nachdrücklich hervor, daß die Bestimmung des Artikels 5 des Notgesetzes vom 24. Februar, wonach die Ausgewiesenen auf Wohnungszuteilung vor den übrigen Personen Anspruch haben, aufrecht erhalten wird. — Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

## Ausland.

**Athen, 21. Juni.** Nach einer Meldung der Agence d'Athènes berichtet die Athener Presse von einem Wiederaufkommen der bulgarischen Wandbewegung seit der Aufrichtung der neuen Regierung in Sofia. Man spricht von acht Fällen, in denen sich Bulden wieder bemerkbar gemacht hätten. Die griechische Regierung werde bei der bulgarischen Regierung Vorstellungen erheben.

**Woskau, 21. Juni.** Tschitscherin teilte der britischen Regierung mit, daß Woskau das britische Memorandum völlig annehme.

## Der Nachlaß eines Kommunisten.

Der durch seine Bluttaten bekannt gewordene ungarische Kommunist Szamuely sollte vor kurzem verhaftet werden. Er floh und als die ungarischen Kriminalbeamten ihn an der österreichischen Grenze erreichten, erschloß er sich. Die Aufnahme seines Nachlasses durch den ungarischen Staat ergab ein Vermögen von mehr als 100 Millionen ungarischer Kronen. Im Nachlaß befinden sich große Summen amerikanischer, schweizerischer, österreichischer und ungarischer Noten, viele Industriepapiere, Säulen, ein Gut, Brillantringe und goldene Armbänder. Der Kommunist hat die Gelder zum größten Teil in früheren Raubzügen gestohlen; seit etwa einem Jahre hat er das Vermögen durch geschickte Spekulationen mehr als verdoppelt. Der ungarische Staat erhebt Anspruch auf 30 Millionen Kronen, da Szamuely aus der österreichisch-ungarischen Banknoten, Industriepapiere und Saluten in diesem Umfang geraubt habe. Eine Reihe anderer Gemeinden erhebt ebenfalls Anspruch auf Teile des Nachlasses.

## Wem gilt es?

Der große Kreuzer, der versenktbar sind, werden jetzt für die französische Flotte gebaut. Die Schiffe können in einer halb unter Wasser befindlichen Röhre kämpfen und bieten so den feindlichen Kanonen und Flugbomben ein äußerst geringes Ziel. Im versenkten Zustande zeigen diese Kreuzer über der Wasseroberfläche nur einen schwer gepanzerten Turm, der mit mächtigen Kanonen ausgerüstet ist.

## England und die deutsche Frage.

**London, 21. Juni.** Ein Londoner Mitarbeiter der "Ere Roubelle" glaubt, die künftige Politik des Rabinets Baldwin in folgende zwei Punkte zusammenfassen zu können: 1. Keine englische Regierung könne die Vorschläge Poincarés über die Befreiung des Ruhrgebietes gutheißen. Eine Wiltigung der Ruhrpolitik oder ein Schritt bei der deutschen Regierung, um bei ihr die Einstellung des passiven Widerstandes durchzusetzen, sei glatt unmöglich. Viel wahrscheinlicher sei es, daß die englische Regierung als Preis einer Verständigung die Rückkehr zur unabhangigen Weichung fordern werde. 2. Baldwin werde alles Erforderliche einer Verständigung zuliebe tun und zu großen fi-





Bahnlinie des Bezirks Essen bestimmt sind, werden sie den von der Eisenbahnverwaltung bestimmten Ersatzbahnhöfen zugeleitet und von dort aus mit anderen Beförderungsmitteln ihrem Bestimmungsort zugeführt.

**Von den Franzosen geräumt Bahnhöfe.**

Münster, 22. Juni. Die Bahnhöfe Dortmund-Eis und Wülfing wurden von den Franzosen geräumt und zur Wiederaufnahme des Betriebs durch deutsches Personal zur Verfügung gestellt. Die Freigabe einer Reihe weiterer liegt an den militärischen Strecken gelegener Bahnhöfe bei Dortmund, Herde und Hadnack ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

**Zwei belgische Soldaten erschossen.**

Münster, 22. Juni. In der Nähe der Lippe im Amtsbezirk Rahl ist gestern früh angeblich bei der Bahrevision zwei belgische Soldaten erschossen und ein dritter schwer verletzt worden. Eine Reihe von Personen wurden als Geiseln festgenommen. Die beiden Täter sind entkommen. Ueber Karl ist der verhängte Verhaftungsbeschluss verhängt worden. Eine Reihe von Personen wurden als Geiseln festgenommen.

**Bei Nichtausgabe des Widerstandes Verstärkung des Druckes bis zur Unerschütterlichkeit.**

London, 21. Juni. Die französische Antwort wird heute offiziell in London überreicht werden. Inzwischen scheinen aber die amtlichen Stellen über den Inhalt der Antwort vollkommen informiert zu sein. Die Informationen der Zeitungen bekunden übereinstimmend, daß die Antwort im Ton sehr freundlich, in der Sache selbst aber sehr fest gehalten sei. Nach der Westminster Gazette enthält die französische Antwort folgende Hauptpunkte:

1. Es wird festgestellt, daß die von Deutschland angebotenen Garantien ungenügend sind und durch produktive Pfänder er-

setzt werden müssen. 2. Frankreich lehnt jede Verantwortung ab, so lange der passive Widerstand Deutschlands andauert. 3. Sobald der deutsche Widerstand eingestrichelt ist, sind Frankreich und Belgien bereit, zu ihrem ursprünglichen Plan zurückzukehren. 4. Solange Deutschland nicht kapituliert hat, werden die gegenwärtigen Maßnahmen nicht nur fortbauern, sondern noch erheblich verstärkt werden, so daß sie für die Bevölkerung unerträglich werden müssen.

Aus den Mitteilungen des genannten Blattes ergibt sich weiterhin, daß Frankreich als Garantien die Kontrolle der Röhre, der Eisenbahn und der Industrie vorschlägt, wobei allerdings nicht ersichtlich ist, ob es sich im letztgenannten Fall nur um die staatlichen Betriebe handeln würde, oder ob auch um eine Kontrolle der Betriebe der privaten Industrie gedacht wird. Jochellose hat es Paris jedoch in erster Linie auf die Eisenbahn abgesehen. Die gegenwärtige Kontrolle der Ruhr-Eisenbahn soll als Muster für die Internationalisierung der Eisenbahnen des ganzen besetzten Gebietes dienen. Frankreich soll weiterhin bereit sein, die verhafteten Deutschen zu entlassen, falls diese sich verpflichten, den neuen Stand der Dinge anzuerkennen. Die Westminster Gazette will endlich erfahren haben, daß die französische Antwort in London als eine starke Annäherung an den englischen Standpunkt betrachtet werde und einen großen Fortschritt für die Lösung der Frage der englisch-französischen Zusammenarbeit bedeute. Dagegen besagen die Informationen des Daily Telegraph, daß die französische Antwort allem Anschein nach noch weit von dem englischen Standpunkt entfernt sei, besonders auch hinsichtlich der Eisenbahn. Der Daily Telegraph veröffentlicht heute eine weitere Information, nach der die deutsche Regierung in den letzten Tagen sich bemüht habe, durch Vermittlung neutraler Mächte, womit offenbar die Schweiz gemeint ist, mit Paris auf direktem Wege zu verhandeln. Dieses Vorgehen sei für Deutschland durch die

überaus schwierige Lage, in der es sich befinde und die sich von Tag zu Tag verschlimmere, notwendig geworden. Die deutsche Regierung beabsichtige, daß der organisierte Widerstand der Ruhr ihr unter der Hand verschwinde (diese Behauptung ist unrichtig; die deutsche Regierung hat den passiven Widerstand nicht organisiert — dieser ist vielmehr selbst aus der Besetzung des Ruhrgebietes herausgewachsen — daher kann er auch nicht unter der Hand verschwinden. Schriftl.) und in letzter Zeit bei den Verhandlungen überhaupt keine Rolle spielen werde, während auf der anderen Seite die Ansprüche der Nationalisten sich vermehren. Die im Gange befindlichen Verhandlungen schienen jedoch daran zu scheitern, daß Berlin unbedingt die Rückkehr der ausgewiesenen Beamten fordere, und Frankreich jedoch nicht zustimmen wolle. Der Verfassungsausschuss des Daily Telegraph behauptet, er werde diese Information auch gegenüber den zu erwartenden Dementis aufrecht erhalten. Ob diese Information sich bestätigt oder nicht, so muß jedenfalls betont werden, daß ein solcher Schritt Deutschlands durch die Haltung Englands vollkommen gerechtfertigt erscheinen muß. Die englische Öffentlichkeit hat in den letzten Tagen gegenüber der steigenden Not Deutschlands auch nicht ein einziges Wort der Teilnahme gefunden, ebenso wie auch niemals etwas darüber bekannt geworden ist, daß die letzte Protestnote der deutschen Regierung irgendeine Wirkung hervorgerufen habe. Die Deutschen leben sich auch heute wieder veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschland in schneller Entwicklung einer wirtschaftlichen und sozialen Chaos anheimfalle. Wenn die Bewertung der Ruhr, die sich durch vorübergehende Maßnahmen nicht aufhalten lasse, weitere Fortschritte mache, würde die Frage bald nicht mehr dahin gehen, ob um Deutschland überhaupt noch Reparationen zu erhalten seien oder nicht, sondern Deutschland würde ähnlich wie Rußland der Weltlosigkeit der ganzen Welt zur Last fallen.

**Birkenfeld.**



**Nadel-Stammholz-Verkauf.**

Aus dem Gemeinewald Bergwald, Abtlg. Heidebuckel, vord. alt. Han. Weidichplatte, Döschlesberg kommen im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:

**Langholz:**

L.a.: 23,14 Fm. I., 61,82 Fm. II., 62,08 Fm. III., 13,15 Fm. IV., 1,71 Fm. V.; St.: 3,69 Fm. V., 4,3 Fm. VI. Klasse.

**Sägholz:**

L.a.: 1,76 Fm. I., 1,99 Fm. II.; St.: 2,11 Fm. II., 4,84 Fm. III. Klasse.

Angebote in ganzen Prozents der Landesgrundpreise vom 1. 11. 22 ausgedrückt, wollen verschlossen mit der Aufschrift „Angebot auf Stammholz“ bis

**Donnerstag, 28. ds. Mts., nachm. 4 Uhr,** bei der unterzeichneten Stelle eingereicht werden.  
Den 21. Juni 1923.

**Gemeindepflege:**  
Frlingkauf.

Wir verkaufen einen 18 Rentner schweren, drei Jahre alten, gefunden

**Farren.**



Schriftliche Angebote sind verschlossen bis **Dienstag, den 26. ds. Mts., nachm. 4 Uhr,** hierher einzureichen.  
Birkenfeld, den 21. Juni 1923.

**Gemeindepflege:**  
Frlingkauf.

**Fischwasser-Verpachtung.**



Wir verpachten am nächsten

**Montag, den 25. Juni 1923, nachmittags 5 Uhr,** in unserem Büro auf Station Teinach unser Fischwasser in der Rogold von Einmündung des Biegelbachs bei Seihental in einer Länge von 1100 Meter flussaufwärts im öffentlichen Aufstreich. Die Bedingungen liegen von Samstag ab auf unserem Büro auf Station Teinach zur Einsicht auf.  
**Station Teinach, den 22. Juni 1923.**

**Gemeindeverband-Elektrizitätswerk  
Teinach-Station (G.E.Z.).**

Teinach, den 22. Juni 1923.

**Todes-Anzeige.**

Wir machen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere geliebte Tochter, Schwester und Schwägerin

**Berta**

im Alter von 27 1/2 Jahren nach langem, schweren Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten  
die trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Wilhelm Ruff.**

Beerdigung findet am Samstag nachmittags 3 Uhr statt.

**Bin Großabnehmer**

in  
**und Wiesen-  
sämtliche Klee-Heu**  
in Waggonladungen.

**Hugo Stüble, Großhandlung,  
Cannstatt, am Bahnhof, Telefon 1332.**

**Trotzdem die Preise steigen,**

bietet Ihnen ganz bestimmt bei mir ein Einkauf große Vorteile, denn die enorm hohen Ladenmieten kommen bei mir in Wegfall, daher die billigen Preise. Nur solange Vorrat. Officiere

**Herren- und Burschen-Anzüge, Hosen u. Joppen, Windjacken, Gummimäntel,**  
nur gute Ware und billige Preise.

**Verkaufslager Pforzheim, Tal 2, 1. Stod.  
Rein Laden! Nur Tal 2, 1. Stod. Rein Laden!**  
Bitte genau auf Adresse achten.

**Vieh-Verkauf.**

Von Montag morgen 8 Uhr ab

steht  
im Gasthaus zum „Döfen“ in Höfen  
ein großer, frischer Transport

erfklaffiger, gut  
gewöhnter Milchkuhe,  
trächtiger Kühe, hoch-  
trächtiger Kalbinnen, schönes  
Jungvieh, sowie zwei erfklaffige,  
rittfähige Zuchtfarren

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tausch-Liebhaber freundlichst einladen

**Löwengardt, Rerigen.**

**Bestellungen**

auf das  
**Badeblatt für Herrenalb**  
nimmt entgegen Malermeister  
Bender, Herrenalb. Er-  
schienene Nummern werden  
nachgeliefert.

**Metzger-Tinnung.**

**Neuer Fleischpreis ab Freitag, 22. Juni 1923**  
Döfen- u. Rindfleisch p. Pfd. Mk. 12  
Kalbfleisch " " Mk. 10  
Schweinefleisch " " Mk. 11

**Conweiler.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Sonntag, den 24. Juni 1923**  
im Gasthaus zur „Sonne“ in Conweiler  
stattfindenden

**Hochzeits-Feier**

freundlichst einzuladen.

**Emil Mertle,**

Sohn des + Friedr. Mertle, Schmieds in Conweiler

**Pauline Duf,**

Tochter des Friedr. Duf III, Landw. in Conweiler

Rückgang 1/11 Uhr.

**W. Forstamt Pforz.**  
**Papierholz-  
Weymouthsforst- und  
Grubenholz-Verkauf**

am Dienstag, den 26. Juni  
nachm. 4 Uhr, im Forstamt  
in Pforz aus Staatswald  
Ottenbronnerberg, Wey-  
mouthsforst, Löhnhardt und Weh-  
hardt: Papiercoller, entrie-  
2 Meter lang: 15 Km. I.  
36 II., 1 III. Kl.; Weymouths-  
forst: 142 Km. Papier-  
11 Km. Losverzeichnis  
der Forstdirektion, O. P.  
Stuttgart.

**Büffet,**

selten schöner  
**Kristall-  
Wandspiegel.**

**Regulatoren**

gibt billig ab  
**G. Maier Pforzheim**  
Rennfeldstr. 21. 2. St.

Bezug...  
München...  
Der Mar...  
N. 2

